

JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK

vol. XXX 3–2014

ROHSTOFFPOLITIK UND ENTWICKLUNG

Schwerpunktredaktion: Melanie Pichler,
Johannes Knierzinger

Herausgegeben von:
Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik
an den österreichischen Universitäten

Inhaltsverzeichnis

- 4 MELANIE PICHLER, JOHANNES KNIERZINGER
Globale Rohstoffpolitik am Scheideweg?
- 9 JOHANNES JÄGER, BERNHARD LEUBOLT, LUKAS SCHMIDT
Alles Extraktivismus in Südamerika? Rohstoffrenten und Politik
in Brasilien, Chile und Venezuela
- 27 MELANIE PICHLER
Einmal Industrialisierung und zurück:
Die Palmölproduktion in Indonesien als Teil eines
extraktivistischen Entwicklungsmodells?
- 48 ANNE DIETRICH
Zwischen solidarischem Handel und ungleichem Tausch:
Zum Südhandel der DDR am Beispiel des Imports
kubanischen Zuckers und äthiopischen Kaffees
- 68 JOHANNES KNIERZINGER
Überlegungen zu Steuerung und ungleichem Tausch in Rohstoff-
güterketten mit Beispielen aus Guineas Bauxitbergbau
- 89 KARIN KÜBLBÖCK
Can ‘Undistorted Access’ Lead to Inclusive Development?
The EU Raw Materials Initiative and Possible Effects upon
Resource-Based Development in Africa
- 106 SchwerpunktredakteurInnen und AutorInnen
109 Impressum

MELANIE PICHLER

**Einmal Industrialisierung und zurück:
Die Palmölproduktion in Indonesien als Teil eines
extraktivistischen Entwicklungsmodells?**

I. Einleitung

Seit Beginn des Entwicklungsdiskurses in der Nachkriegszeit spielen natürliche Ressourcen eine zentrale Rolle in den Entwicklungsperspektiven von Ländern des globalen Südens. Insbesondere volkswirtschaftliche Ansätze wie die dependenztheoretische These einer säkularen Verschlechterung der *Terms of Trade* (Prebisch-Singer-These; vgl. Raffer/Singer 2004) in den 1950er Jahren, die Debatten um die sogenannte Holländische Krankheit in den 1960er Jahren (vgl. Krugman 1987) oder die Beobachtung eines Ressourcenfluchs in den 1990er Jahren (vgl. Sachs/Warner 2001) haben den Zusammenhang zwischen der Konzentration auf die Rohstoffextraktion und dem Wohlstand eines Landes thematisiert.

Realpolitisch bauten seit der Mitte des 20. Jahrhunderts Prozesse der nachholenden Entwicklung und importsubstituierenden Industrialisierung in Lateinamerika und später in Asien auf diesen Erkenntnissen auf. Selektive Industrialisierung und Exportdiversifizierung galten als wesentliche Prämissen einer nachholenden Entwicklung, wobei die Rolle des Staates als Entwicklungsmotor hervorgehoben wurde. Mit den zeitlich ungleich verlaufenden Schuldenkrisen in vielen Ländern des globalen Südens und der durch die sogenannten Strukturanpassungsprogramme erzwungenen Liberalisierung, Öffnung der nationalen Märkte und mitunter starken Deindustrialisierung verlagerte sich die Exportorientierung vieler Länder wieder zunehmend auf den Primärsektor (Burchardt/Dietz 2013; Gellert 2005). Insbesondere seit dem Beginn des 21. Jahrhunderts führen steigende Weltmarktpreise für natürliche Ressourcen dazu,

dass Länder des globalen Südens Ressourcenextraktion und -export wieder als aktive Entwicklungsperspektive verfolgen.

In Lateinamerika wird diese Entwicklungsperspektive unter dem Begriff des *(Neo-)Extraktivismus* diskutiert (Brand/Dietz 2014; Gudynas 2013; Svampa 2012). Die sozialwissenschaftlich geprägte Debatte analysiert neben den makroökonomischen Faktoren einer zunehmenden Reprimarisierung auch die Rolle des Staates bei der Konstitution extraktiver Ökonomien sowie deren sozial-ökologische Kosten und Konflikte. Aufbauend auf dieser Debatte gehe ich im vorliegenden Artikel der Frage nach, inwiefern auch das Entwicklungsmodell in Indonesien als extraktivistisch bezeichnet werden kann. Konkret fokussiere ich auf die Expansion der Palmölindustrie, die insbesondere seit dem globalen Agrartreibstoffboom weltweite Aufmerksamkeit erfährt, stelle die ökonomischen Indikatoren dieser Expansion dar und analysiere die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und Konflikte, die sich dadurch ergeben.

Indonesien kontrolliert gemeinsam mit Malaysia etwa 90 Prozent des weltweit gehandelten Palmöls. 2013 produzierte der Inselstaat 26 Millionen Tonnen Palmöl auf 9 Millionen Hektar Land, einer Fläche, die in etwa der Größe Österreichs entspricht. Der globale Agrartreibstoffboom sowie die steigende Nachfrage nach Palmöl in bevölkerungsreichen asiatischen Schwellenländern wie China, Indien oder Pakistan begünstigen steigende Weltmarktpreise und heizen die Expansion weiter an; bis 2020 will Indonesien die Produktion auf 40 Millionen Tonnen erhöhen (The Jakarta Post 2014).

Im folgenden Abschnitt werden Begrifflichkeiten und Merkmale eines extraktivistischen Entwicklungsmodells geklärt und mit politökologischen, staats- und hegemonietheoretischen Annahmen verknüpft. Der dritte Abschnitt gibt einen historischen Überblick über die Ressourcenextraktion in Indonesien seit der Kolonialzeit und zeigt die Bedeutung der Palmölproduktion seit Ende der 1990er Jahre. Schließlich analysiert der vierte Abschnitt die staatliche Legitimierung der Ressourcenextraktion durch Strategien der Universalisierung von Interessen und der Inkorporation von Widerstand sowie die sozial-ökologischen Konflikte, die mit diesen Strategien verbunden sind.

2. Extraktivismus, Inwertsetzung von Natur und die Rolle des Staates

Die lateinamerikanische Extraktivismus-Debatte ist eng mit dem Aufstieg sogenannter progressiver Regierungen (zum Beispiel in Bolivien oder Ecuador) seit Beginn des 21. Jahrhunderts und einer daraus folgenden Umverteilungspolitik in diesen Ländern verbunden. Gudynas (2013: 35f) unterscheidet zwischen einem „klassischen“ Extraktivismus (zum Beispiel in Peru oder Kolumbien) mit geringen wirtschaftspolitischen Regulierungen und einer aktiven Rolle transnationaler Konzerne sowie einem Neo-Extraktivismus, der durch eine „teilweise Abkehr von neoliberalen Politiken, partielle Nationalisierungen, eine stärkere politische Kontrolle der Ressourcenaneignung und -gewinne sowie eine Ausweitung sozialpolitischer Programme“ (Brand/Dietz 2014: 91f) geprägt ist. Trotz dieser Umverteilungspolitik lassen sich starke Kontinuitäten erkennen, indem der Neo-Extraktivismus „die Strukturen und Funktionsregeln der Produktionsinteressen des Weltmarktes reproduziert, die sich auf die Wettbewerbsfähigkeit, Effizienz, Einkommensmaximierung und Externalisierung der sozialen und umweltbezogenen Folgen beziehen“ (Gudynas 2013: 36).

Diese Kontinuitäten sind eng mit der spezifischen Aneignung von Natur und natürlichen Ressourcen unter kapitalistischen Verhältnissen verbunden. Mit Rückgriff auf die theoretische Perspektive der Politischen Ökologie, die im Gegensatz zu apolitischen und naturalistischen Vorstellungen von Natur und Umwelt ein wechselseitiges Verhältnis zwischen Natur und Gesellschaft konzipiert (vgl. Peet/Watts 2004), können natürliche Ressourcen nicht als eine der Gesellschaft externe Sphäre verstanden werden. Ihre Aneignung, Kontrolle und Nutzung müssen vielmehr im Verhältnis zu sozio-ökonomischen und politisch-institutionellen Strukturen und Prozessen analysiert werden. Unter kapitalistischen Verhältnissen ist diese Aneignung und Nutzung von Natur wesentlich durch Prozesse der *Inwertsetzung* und damit durch ihre Funktion für die Kapitalakkumulation bestimmt (Altvater/Mahnkopf 2007: 128ff). Inwertsetzung beschreibt die „Verselbständigung von Wert und Kapital gegenüber dem Gebrauchswert“ (Görg 2004: 1502) und bezeichnet den Prozess der Einhegung von gemeinschaftlich oder staatlich genutzten Ressourcen für die Kapitalakkumulation, der in unterschiedlichen Kontexten auch

als ursprüngliche Akkumulation (Marx 2008: 742) oder Akkumulation durch Enteignung (Harvey 2005: 87ff) bezeichnet wird. Dieser Prozess der Inwertsetzung inkludiert die Identifizierung und Definition der inwertzusetzenden Ressource, die Vergabe von Eigentumsrechten (Umwandlung von gemeinschaftlichen Nutzungsrechten in exklusive Eigentumsrechte) – die meist mit der Vertreibung konkurrierender NutzerInnen verbunden ist –, die tatsächliche Extraktion der Ressource, die Kommodifizierung, das heißt die Produktion für den Markt, sowie die Monetarisierung durch Tausch (Altvater/Mahnkopf 2007: 131). In einer globalisierten Ökonomie sind der Weltmarkt und dort realisierbare Devisen eine bedeutende Antriebskraft für die nationale und lokale Inwertsetzung von Ressourcen.

Aufbauend auf diesen theoretischen Annahmen beschreiben Brand und Dietz (2014: 96) ein Entwicklungsmodell als extraktivistisch, „wenn in konkreten Gesellschaften die gesellschaftlichen Verhältnisse und dominanten Strategien zwar nicht ausschließlich, aber wesentlich von der Inwertsetzung von Naturelementen geprägt sind. Diese sind wiederum über den kapitalistischen Weltmarkt und imperiale Politik vermittelt.“ Die Definition beschreibt die Inwertsetzung natürlicher Ressourcen als zentrale Dynamik des klassischen *und* des neuen Extraktivismus, während die jeweils konkrete Ausformung extraktivistischer Entwicklungsmodelle anhand historisch-konkreter sozio-ökonomischer und politisch-institutioneller Strukturen und Prozesse analysiert werden muss (Brand/Dietz 2014: 97).

Unter Rückgriff auf Erkenntnisse der materialistischen Staatstheorie und (neo-)gramscianischen Hegemonietheorie ist diese konkrete Ausformung allerdings nicht beliebig möglich. Zwar wird im Neo-Extraktivismus die Verteilung der Renten neu politisiert, sozial-ökologische Kosten werden jedoch weiter externalisiert, und die Ressourcenextraktion bleibt abhängig von geopolitischen Konstellationen und Weltmarktpreisen. Das hat nicht zuletzt mit dem Staat und dessen Funktion für die Rohstoffausbeutung zu tun. In vielen Ländern des globalen Südens sind Aufbau und Struktur des Staates historisch eng mit Einnahmen aus der Rohstoffausbeutung verbunden und demnach funktional für deren Reproduktion: „Macht, Status und Reichtum hängen primär vom Zugang zu Rohstoffen und Extraktionsrenten – und, wenn diese staatlich kontrolliert werden, vom Zugang zum Staat – ab [...]. Aus dieser Perspektive kann der Staat aus

dem Extraktivismus kaum Entwicklungsalternativen schaffen, vielmehr ist er der erste Garant dafür, dass das Extraktionsmodell selbst sozial und institutionell abgesichert wird“ (Burchardt/Dietz 2013: 194).

Das heißt, um überhaupt Möglichkeiten der Verteilung zu schaffen, muss ein solches Entwicklungsmodell die Inwertsetzung natürlicher Ressourcen ständig ausweiten. Diese Argumentation soll in keinem Fall die positive Bedeutung sozialpolitischer Maßnahmen oder staatlicher Regulierungen in Frage stellen, sondern lediglich auf die möglichen Grenzen eines staatlich gelenkten Extraktionsmodells hinweisen.

Demnach nimmt der Staat eine entscheidende Funktion in der Legitimierung und Absicherung eines extraktivistischen Akkumulationsregimes ein. Diese Legitimierung gelingt im Wesentlichen durch den Aufbau hegemonialer Projekte, das heißt, dass die Interessen der herrschenden Gruppen über Zugeständnisse und Kompromisse mit der breiten Bevölkerung verallgemeinert werden (Jessop 1990: 268). Für den Aufbau hegemonialer Projekte sind sowohl materielle Kompromisse und Zugeständnisse (Umverteilungsprogramme, Infrastrukturprojekte etc.) als auch diskursive Elemente der Legitimation zentral, auch wenn Zwangselemente für die Sicherung politischer und ökonomischer Stabilität wichtig bleiben (Opratko 2012: 189f). Die Analyse staatlicher Strategien zur Absicherung von Inwertsetzungsprozessen soll allerdings nicht vernachlässigen, dass der Staat kein homogener Akteur, sondern von Widersprüchen, Kämpfen und Konflikten geprägt ist (vgl. Jessop 1990; Tapia Mealla 2013), durch die die Inwertsetzung von Natur ständig herausgefordert und in denen um alternative hegemoniale Projekte gerungen wird.

3. Historische Entwicklung eines extraktivistischen Entwicklungsmodells am Beispiel der Palmölindustrie in Indonesien

Zentraler Aspekt für die Analyse eines extraktivistischen Entwicklungsmodells ist auf Basis der obigen Ausführungen die Inwertsetzung von Natur und damit die Extraktion von nicht oder kaum weiterverarbeiteten Rohstoffen, die zum Aufbau einer Enklavenökonomie führt. Die Rohstoffextraktion ist auf den Export ausgerichtet, das heißt, sie ist

wesentlich vom Weltmarkt und den dort realisierten Preisen bestimmt. Die Kontrolle von Territorium und gesicherte Eigentumsverhältnisse sind zentral, und der Staat nimmt in diesem Zusammenhang eine entscheidende Rolle in der Absicherung und Institutionalisierung dieses Modells ein, das durch den Aufbau von hegemonialen Projekten legitimiert wird. Vor dem Hintergrund dieser Elemente werden im Folgenden die Entwicklung der Ressourcenextraktion und die Expansion der Palmölproduktion in Indonesien analysiert.

3.1 Selektiver Extraktivismus während des Kolonialismus 1800 bis 1945

Die Geschichte des staatlich institutionalisierten Extraktivismus beginnt in Indonesien um 1800 mit der Übernahme der Niederländischen Ostindien-Kompanie durch den holländischen Kolonialstaat. Das 1830 eingeführte System der erzwungenen Bewirtschaftung (*cultuurstelsel*), bei dem BäuerInnen einen bestimmten Anteil an individuellen oder kollektiven Landflächen für Exportprodukte zur Verfügung stellen mussten, wurde 1870 von einem neuen Landwirtschaftsgesetz (*agrarische wet*) abgelöst, das eine kapitalistische Inwertsetzung von Land ermöglichte (Knight 1992). Die Kolonialregierung führte eine Unterscheidung in nichtfreies und freies Land ein und kategorisierte unter Ersterem bebautes und bewohntes Land und unter Letzterem jenes Territorium, das nicht permanent genutzt und demnach dem Staat zugesprochen wurde (Fitzpatrick 2007: 133). Gleichzeitig wurde eine rassistische Unterscheidung in Bezug auf Landbesitzverhältnisse eingeführt. EuropäerInnen konnten freies Land für den Aufbau einer Plantagenindustrie leasen, während Einheimischen in permanent besiedelten Gebieten kollektiver Landbesitz zugesprochen wurde, jedoch ohne die Möglichkeit einer Ausweitung der Landwirtschaft zu gewährleisten (Li 2010: 392ff). Damit wurde der Grundstein für eine noch heute vorherrschende strukturelle Heterogenität und die Herausbildung einer Enklavenökonomie für exportorientierte und extraktivistische Sektoren gelegt. Die Plantagenindustrie war auf Java konzentriert, während die restlichen Inseln des heutigen Indonesiens wenig bis gar nicht in den kapitalistischen Weltmarkt integriert waren.

3.2 Nachholender Extraktivismus während der „Neuen Ordnung“ 1965 bis 1998

Der Aufstieg eines extraktivistischen Entwicklungsmodells wurde nach der Unabhängigkeit Indonesiens 1945 und insbesondere nach dem Militärputsch Suhartos 1965 in verallgemeinerter Form institutionalisiert. Während unter dem linksgerichteten Präsidenten Sukarno mit dem Landwirtschaftsgesetz von 1960 eine weitreichende Agrarreform verabschiedet und koloniale Plantagen nationalisiert wurden, leitete Suharto mit seiner Regierungspolitik der Neuen Ordnung (*orde baru*) eine Konterrevolution ein. Auf Basis einer großangelegten Extraktion natürlicher Ressourcen – insbesondere von Holz, Erdöl und Mineralien – verfolgte Suharto mit Hilfe des Militärs eine nachholende Entwicklung (Barr et al. 2006: 18ff; Peluso et al. 2008: 380ff). Die Institutionalisierung des extraktivistischen Entwicklungsmodells wurde nicht nur durch eine faktische Aufhebung der Agrarreform und die Zerschlagung ihrer populären Basis (beispielsweise durch das Verbot aller unabhängigen Gewerkschaften) ermöglicht, sondern auch durch die Verabschiedung des Forstgesetzes im Jahr 1967. Der Zentralstaat deklarierte 143 Millionen Hektar Land als staatliche Waldflächen und brachte damit den Zugang zu etwa 70 Prozent des indonesischen Territoriums unter staatliche Kontrolle (Barr et al. 2006: 22f). Zeitgleich mit dem Aufbau einer großflächigen und exportorientierten Holzindustrie investierte Indonesien als einziges südostasiatisches Mitglied der OPEC mit dem staatlichen Unternehmen Pertamina auch in die groß angelegte Förderung der nationalen Erdölreserven. Im Jahr 1980 beliefen sich die extraktiven Sektoren Erdöl, Erdgas und Holz auf 80 Prozent der Exporteinnahmen (siehe Tabelle 1). Konzessionen für diese Sektoren wurden an große staatliche und private Unternehmen sowie an das Militär vergeben und führten zu einer enormen Zentralisierung der Staatsmacht (Barr et al. 2006: 25f). Der Aufbau des postkolonialen Staates in Indonesien basierte demnach in entscheidender Weise auf dem expansiven extraktivistischen Entwicklungsmodell. Macht und Einfluss waren von der Kontrolle über natürliche Ressourcen abhängig (Gellert 2010: 33f).

In Zusammenhang mit niedrigen Ölpreisen, Problemen in der Holzindustrie aufgrund von enormen Abholzungsraten sowie einem regionalen Industrialisierungstrend durch den Aufstieg der asiatischen Tigerstaaten setzte die indonesische Regierung ab den 1980er Jahren Industrialisie-

rungsprozesse in Gang. Erste diesbezügliche Schritte wurden Anfang der 1980er Jahre durch die Weiterverarbeitung von Holz gemacht (Barr et al. 2006: 26ff; Gellert 2005: 1351), in den 1990er Jahren kam es schließlich zu einer selektiven Industrialisierung in der Textil- und Schuhindustrie (siehe Tabelle 1). Zwischen 1980 und 1992 verzeichnete der Industriesektor jährliche Wachstumsraten von 20 bis 30 Prozent (Gellert 2010: 40). Gleichzeitig damit begann auch die großflächige Expansion der privatwirtschaftlichen Palmölindustrie, die in vielen Fällen auf der Abholzung übernutzter Holzkonzessionen auf den Inseln Sumatra und Kalimantan aufbaute (Casson 2000: 4f; McCarthy/Cramb 2009: 115f). Die staatliche Integration peripherer Räume in die kapitalistische Produktionsweise durch das Forstwirtschaftsgesetz war eine entscheidende Vorbedingung für diese Expansion und wurde seit den 1970er Jahren auch durch Vertragslandwirtschaftsprogramme zwischen Unternehmen und KleinbäuerInnen sowie eine groß angelegte Umsiedlungspolitik (*transmigrasi*) vorangetrieben (vgl. Casson 2000: 4f; McCarthy/Cramb 2009: 115f; Pichler 2014: 150ff).

3.3 Reprimarisierung im Zuge der neoliberalen Globalisierung 1998 bis heute

Nach einer selektiven Industrialisierung in den 1990er Jahren – wenn auch auf ressourcenintensiver Basis – traf die Asienkrise 1997/98 die indonesische Wirtschaft schwer. Die Strukturanpassungsprogramme der internationalen Finanzinstitutionen verlangten eine umfassende Liberalisierung und Exportorientierung der Ökonomie, eine Ausrichtung, die bereits vor der Krise im Zuge eines weltweiten Trends in Richtung neoliberaler Globalisierung begonnen und mit den Kreditbedingungen des IWF abgesichert wurde (Li 2001: 655). Anders als in den 1980er und 1990er Jahren fokussierte die Exportorientierung allerdings nicht auf die weiterverarbeitende Industrie, sondern auf eine Reprimarisierung der Ökonomie (Gellert 2010: 28f). Tabelle 1 zeigt insbesondere für die Sektoren Kohle, Palmöl und metallische Erze enorme Wachstumsraten, während der Anteil von Erdöl und Holz an den Exporten aufgrund erschöpfender Ressourcen deutlich zurückging.

Code	Exportgut	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2010	2012
32	Kohle	0,0	0,2	0,7	2,3	2,1	5,1	11,8	13,9
34	Erdgas	13,1	19,6	14,4	8,9	10,7	10,7	8,7	10,9
1511	Palmöl			0,8	1,6	1,8	4,4	8,6	9,4
33	Erdöl	58,7	46,8	29,0	14,2	12,5	11,8	9,2	8,8
72	elektronische Geräte	0,4	0,4	0,8	3,9	8,0	7,1	5,3	5,1
23	Kautschuk	5,4	3,9	3,3	4,3	1,5	3,1	4,7	4,2
28	metallische Erze (v.a. Kupfer & Zinn)	2,0	1,4	2,4	4,2	3,2	5,3	6,3	3,7
65	Textilien	0,2	1,3	4,9	6,0	5,6	4,0	2,7	2,4
85	Schuhe	0,0	0,0	2,2	4,4	2,6	1,6	1,6	1,8
63	Holz (verarbeitet)	0,3	5,1	12,0	10,3	5,2	3,1	1,4	1,5
24	Holz	8,3	1,3	1,0	0,8	0,6	0,4	0,4	0,4

Tabelle 1: Führende Exportgüter aus Indonesien in Prozent des Exportvolumens
in US\$ 1980–2012

Quelle: UN 2014, eigene Darstellung

Anmerkung: Für die ausgewählten Exportgüter wurde die zweistellige SITC-Klassifizierung herangezogen. Für Palmöl wurde die vierstellige HS-Klassifizierung verwendet, weil die betreffende SITC-Nummer neben Palmöl auch andere pflanzliche Öle und tierische Fette enthält.

Neben der Expansion des Kohlebergbaus nimmt die Palmölindustrie seit der Jahrtausendwende neue Ausmaße an. Abbildung 1 zeigt, dass die Produktion zwischen 2000 und 2013 von 6,8 auf 26 Millionen Tonnen beinahe vervierfacht wurde.

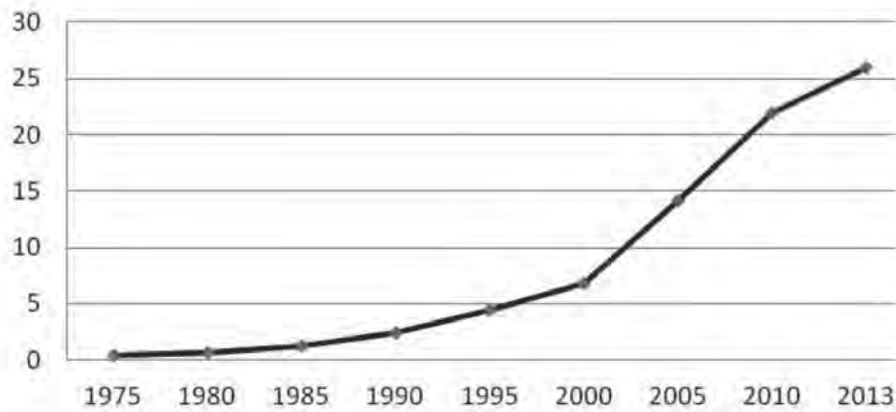


Abbildung 1: Palmölproduktion in Indonesien 1975–2013 (in Millionen Tonnen)

Quelle: FAO 2014, eigene Darstellung

Nach der Asienkrise expandierten vor allem private Palmölkonglomerate in einem solchen Umfang, dass Indonesien 2005/06 zum größten Palmölproduzenten der Welt aufstieg (Hirawan 2011: 217f). Malaysische Unternehmen hatten daran einen entscheidenden Anteil, weil in Malaysia Land knapp wurde und Arbeit wesentlich teurer als im Nachbarland war (Casson 2000: 7). Seit der Liberalisierung verlagerten zudem viele Unternehmen ihren Hauptsitz nach Singapur, weil sie dort von günstigen Steuerkonditionen profitieren (vgl. Pichler 2014: 97ff, 113ff). In Indonesien zeigen sich in Bezug auf die Akteure Kontinuitäten zur Neuen Ordnung. Die wichtigsten Palmölkonzerne des Landes gingen aus horizontaler Differenzierung von Holz-, Erdöl- und anderen Extraktionsunternehmen hervor (beispielsweise Sinar Mas, Salim Group, Asian Agri) und wurden von den heute reichsten Männern Indonesiens (Eka Tjipta Widjaja, Liem Sie Liong, Sukanto Tanoto) mit engen Beziehungen zum Suharto-Regime gegründet (Pichler 2014: 87).

Diese Expansionsraten in Kombination mit einer enormen Landkonzentration im Plantagenbereich – das größte Palmölunternehmen Sinar Mas verfügt beispielsweise über eine Plantagenfläche von über 450.000 Hektar – führen zu umfassenden sozial-ökologischen Transformationsprozessen, die in einem wechselseitigen Verhältnis von Widerstand und politisch-institutioneller Absicherung und Legitimierung verhandelt werden.

4. Staatliche Strategien der Legitimation und sozial-ökologische Konflikte

Die bisherigen Debatten um Extraktivismus in Lateinamerika fokussier(t)en hauptsächlich auf den Bergbau sowie Erdöl und Erdgas. Doch auch der exportorientierte Plantagensektor und insbesondere die Materialität der Ölpalme entsprechen den Merkmalen eines extraktiven Sektors. Die Ölpalme ist eine mehrjährige Pflanze, die ähnlich wie Bergbauaktivitäten Kapital für mehrere Jahrzehnte bindet. Weil die Früchte der Ölpalme nach der Ernte innerhalb von 24 Stunden gepresst werden müssen, werden Ölpalmen in Plantagen von 5.000 bis 10.000 Hektar Land um eine Ölmühle gruppiert, die wiederum jeweils mit Raffinerien verknüpft ist, in denen das Rohpalmöl zu Speiseöl oder Biodiesel weiterverarbeitet und danach exportiert wird. Diese spezifischen Anforderungen an eine profitable Nutzung der Ölpalme setzen eine selektive Industrialisierung des ländlichen Raumes voraus (zum Beispiel Straßen, Hafenanlagen), wodurch die auf den „äußeren“ Inseln Indonesiens (Sumatra, Kalimantan, Sulawesi, Papua) konzentrierten Plantagen und Mühlen zum einen mit Raffinerien und regionalen Hafenstädten und zum anderen über transnationale Wertschöpfungsketten mit Handelskonzernen, Supermärkten, Finanzzentren und KonsumentInnen in Asien und Europa verbunden werden (Pye 2013: 470ff). Diese Materialität der Palmölplantagen führt zu einer umfassenden Umwandlung des Territoriums, das heißt, „die territoriale Expansion kann nicht kleinflächig und angepasst in bestehende Landschaften integriert werden, sondern muss diese totalitär umwandeln“ (Pye 2013: 472).

Die Transformation des Raumes hat umfassende sozial-ökologische Implikationen. Für den Großteil der Plantagen müssen Regenwälder gerodet werden, wobei insbesondere die Trockenlegung von Torfböden in diesem Zusammenhang aufgrund der Freisetzung enormer Mengen an CO₂ problematisch ist (Wetlands International 2006). Dazu kommen die Umweltauswirkungen der monokulturellen Produktion selbst, vor allem durch den hohen Einsatz von Pestiziden sowie die voranschreitende Bodenerosion. Gleichzeitig muss der staatlich propagierte Beitrag der Palmölproduktion zu Armutsbekämpfung und Arbeitsplatzbeschaffung (Kementerian Pertanian 2005) kritisch hinterfragt werden. Feld-

forschungen zeigen, dass die in den Regierungsprogrammen dargelegten Zahlen einer empirischen Analyse nicht standhalten und im Vergleich zu kleinbäuerlicher Landwirtschaft deutlich weniger Arbeitsplätze geschaffen werden (vgl. Li 2011: 283f). Außerdem schaffen Extraktionsökonomien in der Regel wenig formale Arbeitsplätze (Burchardt/Dietz 2013: 189), eine Tendenz, die in der Palmölindustrie besonders deutlich wird. Laut dem indonesischen NGO-Netzwerk Sawit Watch sind 70 Prozent der Arbeitsplätze in den Plantagen Saison- und Gelegenheitsarbeiten (Interview Sawit Watch, 20.7.2011, Bogor, Indonesien) ohne regelmäßige Löhne, Gesundheitsversorgung oder angemessene Arbeitsbekleidung. Die TagelöhnerInnen sind in der Regel landlose BäuerInnen, die durch die großflächige Inwertsetzung ihren Zugang zu Land verloren haben (Li 2011: 290f). Die Akkumulation durch Enteignung lokaler Bevölkerungsgruppen stellt ein enormes Konfliktpotenzial dar, ist aber für die großflächige und exportorientierte Palmölproduktion entscheidend. Diese verlangt die Kontrolle über Land und damit exklusive und kodifizierte Eigentumsverhältnisse, die gegenüber anderen Produktionsweisen und in den meisten Fällen gegen Widerstände durchgesetzt und legitimiert werden müssen.

Für die Inwertsetzung von Land im Zuge eines extraktivistischen Entwicklungsmodells spielt im postkolonialen Staat das Narrativ eines *nationalen Interesses* eine zentrale Rolle, das seit der Neuen Ordnung in den Land- und Forstwirtschaftsgesetzen institutionalisiert wurde und zur Aneignung von gewohnheitsrechtlichen Landansprüchen herangezogen wird. Zentral ist in diesem Zusammenhang das Landwirtschaftsgesetz von 1960, das bis heute den wichtigsten Referenzrahmen für die Plantagenwirtschaft darstellt. Auch wenn das Gesetz unter der progressiven Regierung Sukarnos verabschiedet wurde und eine grundsätzliche Anerkennung gewohnheitsrechtlicher Landansprüche (*hak ulayat* oder *adat*) ebenso wie eine umfassende Agrarreform inkludiert, wird der Hinweis auf das nationale Interesse als Grundlage für die Enteignung von BäuerInnen herangezogen: „Das landwirtschaftliche Recht, das auf das Land, das Wasser und den Raum angewendet wird, ist *adat*, vorausgesetzt es widerspricht *nicht dem nationalen Interesse und dem Interesse des Staates*“ (Republik Indonesia 1960: Artikel 5, Übersetzung und Hervorhebung MP). Noch deutlicher wird diese Auslegung in der Erklärung zum oben angeführten Artikel: „It

is also not acceptable for customary law communities to use their ulayat rights to oppose development projects, for example opposing forest clearing for generating local income or resettlement programs. [...]. The interests of customary law communities should be subordinated to national and State interests and the exercise of ulayat rights should also conform to the wider interest“ (Erklärung zu Artikel 5 des Landwirtschaftsgesetzes, zit. n. Colchester et al. 2006: 50).

Im Rahmen der Neuen Ordnung wurde das Landwirtschaftsgesetz demnach selektiv implementiert, indem gewohnheitsrechtliche Landansprüche ignoriert, die Agrarreform gestoppt und das staatliche Recht zur Aneignung von Land im „nationalen Interesse“ hervorgehoben wurden (Peluso et al. 2008: 387). Während das Landwirtschaftsgesetz gewohnheitsrechtliche Landansprüche grundsätzlich anerkennt, ist die Privilegierung staatlicher Eigentumsrechte im Forstgesetz, das 1999 aktualisiert wurde, noch deutlicher. Demnach gelten Waldflächen ausnahmslos als Eigentum des Staates, das ohne die Konsultation der dort lebenden Menschen in Plantagen umgewandelt werden kann (Republik Indonesia 1999: Artikel 1, 4). Diese Regelung ist für die Expansion von Palmölplantagen besonders entscheidend, weil diese in den meisten Fällen aus der Umwandlung von forstwirtschaftlichen in landwirtschaftliche Flächen hervorgehen.

Der Aufbau eines hegemonialen Entwicklungsmodells, das auf der großflächigen Extraktion von Land und anderer natürlicher Ressourcen sowie auf deren Legitimierung im Interesse der Nation beruht, geht – wie bereits oben ausgeführt – auf die Neue Ordnung seit Ende der 1960er Jahre zurück. Die Entscheidungen für diese Entwicklungsstrategie wurden im politischen Zentrum, also auf der bevölkerungsreichen Insel Java, getroffen und auf den ressourcenreichen Inseln Sumatra, Kalimantan, Sulawesi und später Papua implementiert. Dort, wo diese nationale Entwicklung als Allgemeininteresse in Frage gestellt wurde, sicherten das Militär und lokale Bürokraten die Stabilität und integrierten die Menschen, wenn nötig, durch staatliche Zwangsmaßnahmen (zum Beispiel durch Zwangsumsiedlungen) in die nationale Ökonomie. Dies betraf erstens die Integration indigener Gruppen, die sich der nationalen Entwicklung verweigerten. Sie wurden als „geografisch isoliert lebende Gruppen“ (*masyarakat terasing*) identifiziert und damit als „socially and culturally alienated and/

or still underdeveloped compared to other Indonesian communities in general“ definiert (zit. n. Safitri/Bosko 2002: 4). Die Fremdbeschreibung durch die Regierung als geografisch isoliert und unterentwickelt diente dazu, die politische, bürokratische und wirtschaftliche Assimilation dieser Gemeinschaften zu legitimieren und war Ausgangspunkt für großangelegte Umsiedlungen. Zweitens wurde eine aktive Depolitisierung der bäuerlichen Bevölkerung vorangetrieben. Unabhängige Bauernorganisationen – beispielsweise BTI (*Barisan Tani Indonesia* – Indonesische Bauernfront) – wurden verboten und durch die staatlich kontrollierte HKTI (*Himpunan Kerukunan Tani Indonesia* – Indonesische Assoziation bäuerlicher Harmonie) ersetzt. Widerstand und landwirtschaftliche Organisation wurden dadurch eliminiert oder in den Untergrund gedrängt (Peluso et al. 2008: 382).

Mit dem Sturz Suhartos im Zuge der Asienkrise 1997/98 und der sich anschließenden Liberalisierung des Landes wurde einerseits die Expansion von Palmölplantagen intensiviert, andererseits auch eine erneute Politisierung ermöglicht (Li 2001: 655). Landwirtschaftliche Kämpfe gegen ein extraktivistisches Entwicklungsmodell wurden aufgrund internationaler Konjunkturen mit Indigenenrechten verknüpft, wodurch den Landkonflikten die verteilungspolitische Sprengkraft genommen werden sollte. Beispiele dafür sind WALHI (*Wahana Lingkungan Hidup Indonesia* – Indonesisches Forum für Umwelt), bereits 1980 gegründet und heute das größte nationale Netzwerk für sozial-ökologische Fragen, sowie AMAN (*Aliansi Masyarakat Adat Nusantara* – Allianz Indigener Völker Indonesiens), gegründet im Jahr 1999.

Diese Politisierung von Landfragen und die Intensivierung sozial-ökologischer Konflikte stellen das extraktivistische Entwicklungsmodell, das seit Mitte der 1990er Jahre durch die Expansion der Palmölproduktion regeneriert wurde, zunehmend in Frage. 2013 ist AMAN beispielsweise ein Teilerfolg gelungen, indem der indonesische Verfassungsgerichtshof in einer wegweisenden Entscheidung die Unterordnung von gewohnheitsrechtlichen Waldflächen unter staatlichen Wald als verfassungswidrig erklärte, wodurch die ungehinderte Expansion von Palmölplantagen erschwert werden könnte. Derzeit ist allerdings noch völlig unklar, wann und wie diese Entscheidung tatsächlich implementiert wird (Rachman/Siscawati 2013: 7f). Dennoch zeigt die Entscheidung die zunehmende

Notwendigkeit staatlicher Zugeständnisse. Die Integration von KleinbäuerInnen im Rahmen von Vertragslandwirtschaftsprogrammen ist in diesem Zusammenhang eine zentrale staatliche Strategie, um Widerständen gegen die großflächige Expansion von Plantagenunternehmen entgegenzutreten und Legitimation zu schaffen. Die Vertragslandschaft hat in Indonesien eine lange Tradition, die sich seit der Unabhängigkeit allerdings stark verändert hat. Ab Ende der 1960er Jahre forcierte die Regierung unter Suharto mit Unterstützung der Weltbank die Kooperation zwischen Unternehmen und BäuerInnen. Staatliche Palmölunternehmen bepflanzten dafür staatliche oder gewohnheitsrechtliche Ländereien mit Ölpalmen und gaben anschließend 60 bis 80 Prozent der Plantagenfläche in Form von Plots an lokale oder umgesiedelte KleinbäuerInnen aus, von denen etwa zwei Hektar für Palmöl sowie ein Hektar für Wohnraum und Subsistenzwirtschaft vorgesehen waren. Die restliche Fläche von 20 bis 40 Prozent wurde von dem Unternehmen selbst bewirtschaftet (McCarthy/Cramb 2009: 116). Der Staat unterstützte die Integration von KleinbäuerInnen durch billige Kredite (Li 2011: 289). Ab dem Ende der 1990er Jahre wurde dieses Modell durch eine neue Form der „Partnerschaft“ zwischen KleinbäuerInnen und privaten Palmölunternehmen abgelöst, indem sich der Staat aus der direkten finanziellen Unterstützung zurückzog. Ohne diese war die Vertragslandwirtschaft für die Unternehmen allerdings wenig lukrativ, weshalb das Landwirtschaftsministerium Mitte der 2000er Jahre die staatliche Unterstützung unter neuen Vorzeichen wieder aufnahm, um die Expansion der Palmölproduktion trotz vermehrtem Widerstand voranzutreiben. Auch in dem heute gültigen Modell bringen lokale LandbesitzerInnen Flächen ein, die von einem Palmölunternehmen in einer zusammenhängenden Plantage bepflanzt werden. Anschließend werden allerdings nur noch 20 Prozent der bepflanzten Fläche an KleinbäuerInnen ausgegeben (Ministry of Agriculture 2007: Artikel 11) und ihnen stattdessen Gewinnanteile für ihre eingebrachten Flächen in Aussicht gestellt. Anders als in früheren Systemen haben diese nun keine Subsistenzflächen mehr und wenig Kontrolle über den tatsächlichen Produktionsprozess. Aufgrund fehlender Informationen und einer schwachen Verhandlungsposition werden nur selten Gewinnanteile in angemessener Höhe ausbezahlt (Li 2011: 291). Zudem fällt auch in diesem Modell das Land nach dem Ablauf der Plantagenkonzession nicht an die Bäue-

rInnen, sondern an den Staat zurück. Demnach sichert der Staat durch die Zusicherung von Kompensationszahlungen die Expansion eines extraktivistischen Entwicklungsmodells durch privatwirtschaftliche Palmölunternehmen ab und befördert die langfristige Enteignung von landwirtschaftlichen ProduzentInnen, die als Saison- und GelegenheitsarbeiterInnen in das Plantagensystem reintegriert werden.

5. Conclusio

Mit Rückgriff auf das Konzept des Extraktivismus hat dieser Artikel gezeigt, dass das Entwicklungsmodell Indonesiens – nach selektiven Industrialisierungstendenzen in den 1980er und 1990er Jahren – seit der Asienkrise wesentlich von der Fortführung einer ressourcenintensiven und exportorientierten Akkumulation geprägt ist. Die Verallgemeinerung eines extraktivistischen Entwicklungsmodells beginnt mit einem Fokus auf Erdöl- und Holzextraktion unter Präsident Suharto in den 1960er Jahren. Wesentliche Voraussetzung dafür ist die Verstaatlichung der Waldflächen durch das Forstgesetz und deren Inwertsetzung durch Konzessionen an staatliche und private Unternehmen. Nach einer selektiven Industrialisierung ab dem Ende der 1980er Jahre durch die Weiterverarbeitung von Holz und den Aufbau einer Textilindustrie leiten die Strukturanpassungsprogramme im Zuge der Asienkrise eine erneute Reprimarisierung der Ökonomie ein, die neben Kohle insbesondere auf der Expansion von Palmöl basiert. Zwischen 2000 und 2013 wird die Palmölproduktion fast vervierfacht und lukriert mittlerweile etwa 10 Prozent der Exporteinnahmen.

Den ökonomischen Kennzahlen liegt eine umfassende sozial-ökologische Transformation zugrunde, die politisch-institutionell abgesichert und legitimiert wird, die gleichzeitig aber auch von Widerständen und Konflikten geprägt ist. Zentrale Legitimationsgrundlage ist das Postulat eines „nationalen Interesses“, das im Land- und Forstwirtschaftsgesetz die Grundlage für die Enteignung von Menschen und die staatliche Kontrolle über Land darstellt. Wichtig ist dies insbesondere in Bezug auf indigene Gruppen, die, als unterentwickelt und rückschrittlich definiert, in die nationale Ökonomie integriert werden sollen, sowie in Bezug auf

bäuerliche Gemeinschaften, deren unabhängige Organisierung durch den Aufbau einer einheitlichen und nationalen Gewerkschaft gebrochen und kriminalisiert wurde.

Seit dem Sturz Suhartos trägt die stärkere Liberalisierung des Landes zu einer enormen Expansion und Exportorientierung der Palmölindustrie bei, ermöglicht allerdings auch neue Formen der Politisierung, die sich beispielsweise in der Vernetzung von Indigenen und UmweltaktivistInnen in Bezug auf Landkonflikte zeigen. Vor dem Hintergrund der lateinamerikanischen Extraktivismus-Debatte folgt das indonesische Entwicklungsmodell allerdings eher einer klassischen als einer neo-extraktivistischen Ausrichtung. Zwar haben Konflikte in den letzten Jahren zugenommen und insbesondere die Indigenenbewegung Teilerfolge bezüglich der Rückgewinnung ihrer Ländereien erzielt; diese führten bisher allerdings nicht zu einem deutlichen Bruch mit den neoliberalen Politiken. Transnationale Konzerne – zunehmend aus Malaysia und Singapur – kontrollieren die Palmölindustrie, der unzureichende Beitrag der Palmölindustrie zur Arbeitsplatzbeschaffung wird nicht über Umverteilungsprogramme aufgefangen, und es gab bisher keine umfassenden Nationalisierungen von Palmölunternehmen, wie dies in vielen lateinamerikanischen Ländern zu beobachten ist.

Aufgrund der steigenden Widerstände gegen Inwertsetzungsprozesse und Landnahmen stellt die Integration von KleinbäuerInnen eine wichtige staatliche Strategie dar, um Widerstand gegen Plantagenprojekte zu entschärfen, ohne die monokulturelle Plantagenwirtschaft als solche in Frage zu stellen. Weil die Integration zwar mit Versprechen über materielle Zugeständnisse (Gewinnbeteiligungen, Kompensationszahlungen etc.) erreicht wird, diese allerdings oftmals nicht eingehalten werden, könnten Konflikte in den nächsten Jahren weiter zunehmen. Ob diese auch zu einer tatsächlichen Verschiebung der politischen Kräfteverhältnisse im Staat führen, ist derzeit allerdings noch nicht abzusehen.

Literatur

- Altvater, Elmar/Mahnkopf, Birgit (2007 [1999]): Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Barr, Christopher/Resosudarmo, Ida/Dermawan, Ahmad/McCarthy, John (Hg., 2006): Decentralization of forest administration in Indonesia. Implications for forest sustainability, economic development and community livelihoods. Bogor: CIFOR.
- Brand, Ulrich/Dietz, Kristina (2014): (Neo-)Extraktivismus als Entwicklungsoption? Zu den aktuellen Dynamiken und Widersprüchen rohstoffbasierter Entwicklung in Lateinamerika. In: Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 48 zu Entwicklungstheorien, 88-125.
- Burchardt, Hans-Jürgen/Dietz, Kristina (2013): Extraktivismus in Lateinamerika – der Versuch einer Fundierung. In: Burchardt, Hans-Jürgen/Dietz, Kristina/Öhlschläger, Rainer (Hg.): Umwelt und Entwicklung im 21. Jahrhundert. Impulse und Analysen aus Lateinamerika. Baden-Baden: Nomos, 181-200.
- Casson, Anne (2000): The hesitant boom. Indonesia's oil palm sub-sector in an era of economic crisis and political change. Occasional Paper 29. Bogor: CIFOR.
- Colchester, Marcus/Jiwan, Norman/Sirait, Martua/Andiko/Firdaus, Asep/Surambo, A./Pane, Herbert (2006): Promised land. Palm oil and land acquisition in Indonesia. Implications for local communities and indigenous peoples. Bogor: Forest Peoples Programme/Sawit Watch.
- FAO (2014): FAOSTAT Database. Rome: FAO.
- Fitzpatrick, Daniel (2007): Land, custom, and the state in post-Suharto Indonesia. A foreign lawyer's perspective. In: Henly, David/Davidson, Jamie (Hg.): The revival of tradition in Indonesian politics. The development of adat from colonialism to indigenism. New York: Routledge, 130-148.
- Gellert, Paul (2005): The Shifting Natures of „Development“: Growth, Crisis, and Recovery in Indonesia's Forests. In: World Development 33 (8), 1345-1364.
- Gellert, Paul (2010): Extractive regimes. Toward a better understanding of Indonesian development. In: Rural Sociology 75 (1), 28-57.
- Görg, Christoph (2004): Inwertsetzung. In: Haug, Wolfgang (Hg.): Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus. Imperium bis Justiz. Band 6/II. Hamburg: Argument, 1501-1506.
- Gudynas, Eduardo (2013): Die neue alte Entwicklungsstrategie Lateinamerikas: Der Extraktivismus und seine Folgen. In: Burchardt, Hans-Jürgen/Dietz, Kristina/Öhlschläger, Rainer (Hg.): Umwelt und Entwicklung im 21. Jahrhundert. Impulse und Analysen aus Lateinamerika. Baden-Baden: Nomos, 33-46.
- Harvey, David (2005). The new imperialism. New York: Oxford University Press.
- Hirawan, Fajar (2011): The impact of palm oil plantations on Indonesia's rural economy. In: Intal, Ponciano/Oum, Sothea/Simorangkir, Mercy (Hg.): Agri-

- cultural development, trade and regional cooperation in developing East Asia. Jakarta: ERIA, 221-266.
- Jessop, Bob (1990): *State theory. Putting the capitalist state in its place*. Cambridge: Polity Press.
- Kementerian Pertanian (2005): *Revitalisasi Pertanian, Perikanan, dan Kehutanan 2005–2025*. <http://www.litbang.deptan.go.id/special/rppk/efile>, 21.2.2014.
- Knight, G. Roger (1992): The Java sugar industry as a capitalist plantation. A reappraisal. In: *Journal of Peasant Studies* 19 (3-4), 68-86.
- Krugman, Paul (1987): The narrow moving band, the Dutch disease, and the competitive consequences of Mrs. Thatcher: Notes on trade in the presence of dynamic scale economies. In: *Journal of Development Economics* 27 (1-2), 41-55.
- Li, Tania (2001): Masyarakat Adat, Difference, and the Limits of Recognition in Indonesia's Forest Zone. In: *Modern Asian Studies* 35 (3), 645-676.
- Li, Tania (2010): Indigeneity, Capitalism, and the Management of Dispossession. In: *Current Anthropology* 51 (3), 385-414.
- Li, Tania (2011): Centering Labor in the Land Grab Debate. In: *Journal of Peasant Studies* 38 (2), 281-298.
- Marx, Karl (2008 [1890]): *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band*. Berlin: Dietz.
- McCarthy, John/Cramb, Rob (2009): Policy narratives, landholder engagement, and oil palm expansion on the Malaysian and Indonesian frontiers. In: *The Geographical Journal* 175 (2), 112-123.
- Ministry of Agriculture (2007): Regulation number 26/Permentan/OT.140/2/2007 regarding plantation business permit guidelines. Jakarta: Ministry of Agriculture.
- Opratko, Benjamin (2012): *Hegemonie. Politische Theorie nach Antonio Gramsci*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Peet, Richard/Watts, Michael (2004): Liberating political ecology. In: Peet, Richard/Watts, Michael (Hg.): *Liberation ecologies. Environment, development, social movements*. London: Routledge, 3-47.
- Peluso, Nancy/Afiff, Suraya/Rachmann, Noer Fauzi (2008): Claiming the grounds for reform. Agrarian and environmental movements in Indonesia. In: *Journal of Agrarian Change* 8 (2-3), 377-407.
- Pichler, Melanie (2014): *Umkämpfte Natur. Politische Ökologie der Palmöl- und Agrartreibstoffproduktion in Südostasien*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Pye, Oliver (2013): Migration, Netzwerke und Alltagswiderstand: Die umkämpften Räume der Palmölindustrie. In: *Peripherie* 132, 466-493.
- Rachman, Noer Fauzi/Siscawati, Mia (2013): A new landmark in the trajectory of Indonesian agrarian-forestry politics. The status of masyarakat adat as rights-bearing subjects after the Indonesian Constitutional Court ruling of case number 35/PUU-X/2012. Bogor/Washington, DC: The Samdhana Institute/RRI.

- Raffer, Kunibert/Singer, H.W. (2004): *The Economic North-South Divide. Six Decades of Unequal Development*. Cheltenham: Edward Elgar.
- Republik Indonesia (1960): *Undang-Undang Nomor 5 Tahun 1960 Tentang Peraturan Dasar Pokok-Pokok Agraria*. Jakarta.
- Republik Indonesia (1999): *Undang-Undang Nomor 41 Tahun 1999 Tentang Kehutanan*. Jakarta: Republik Indonesia.
- Sachs, Jeffrey/Warner, Andrew (2001): *The Curse of Natural Resources*. In: *European Economic Review* 45 (4-6), 827-838.
- Safitri, Myrna/Bosko, Rafael (2002): *Indigenous peoples/ethnic minorities and poverty reduction Indonesia*. Manila: Asian Development Bank.
- Svampa, Maristella (2012): *Bergbau und Neo-Extraktivismus in Lateinamerika*. In: *FDCL/RLS (Hg.): Der Neue Extraktivismus. Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika*. Berlin: FDCL, 14-23.
- Tapia Mealla, Luis (2013): *Der Staat unter den Bedingungen gesellschaftlicher Überlagerungen. Post-koloniale Anregungen für die politische Theorie*. In: *Brand, Ulrich/Radhuber, Isabella/Schilling-Vacaflor, Almut (Hg.): Plurinationale Demokratie in Bolivien. Gesellschaftliche und staatliche Transformationen*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 282-305.
- The Jakarta Post (2014): *Regulation may dash palm oil industry's hopes for higher output*. 28.1.2014. <http://www.thejakartapost.com/news/2014/01/28/regulation-may-dash-palm-oil-industry-s-hopes-higher-output.html>, 6.2.2014.
- UN (2014): *United Nations Commodity Trade Statistics Database*. New York: United Nations Publications Board.
- Wetlands International (2006): *Peatland degradation fuels climate change*. Wageningen: Wetlands International.

Abstracts

Vor dem Hintergrund der lateinamerikanischen Extraktivismus-Debatte geht dieser Artikel der Frage nach, ob das indonesische Entwicklungsmodell als extraktivistisch bezeichnet werden kann, wie die Extraktion von natürlichen Ressourcen legitimiert wird und welche sozial-ökologischen Konflikte sich dadurch ergeben. Nach einer historischen Darstellung unterschiedlicher Phasen der Ressourcenextraktion seit der Kolonialisierung fokussiert der Artikel auf die Expansion der Palmölindustrie als wichtigen Teil einer Reprimarisierung der indonesischen Ökonomie. Die Analyse zeigt, dass trotz einer zunehmenden Politisierung von Landkonflikten seit dem Sturz von Suharto die Palmölplantagen ungehindert ausgedehnt wurden und bisher kein alternatives staatliches Projekt aufgebaut werden konnte, weshalb von einem klassischen Extraktivismus ohne deutlichen Bruch mit neoliberalen Politiken gesprochen werden kann.

Based on the debate on extractivism in Latin America, this article analyses the Indonesian development model, the legitimation of resource extraction, and the emerging conflicts accompanying this extraction. After a historical sketch of different phases of resource extraction from the colonial period onwards, the article focusses on the expansion of oil palm plantations as an important part of the reprimarisation of the Indonesian economy, as well as on the state strategies that legitimate this expansion. The analysis shows the expansion of the oil palm area despite an increasing politicisation of land conflicts since the fall of Suharto, with no alternative state project on the horizon. Therefore, the article defines Indonesia as a classical form of extractivism, without a clear break with neoliberal policies.

Melanie Pichler

Institut für Politikwissenschaft, Universität Wien

melanie.pichler@univie.ac.at